

Offener Brief an Angelika Merkel

In Sachen Islamkritik gibt es in Deutschland anhaltende Debatten. Über alles darf debattiert, alles darf kritisiert werden, politische Parteien, Weltanschauungen, Religionen: mit einer fundamentalen Ausnahme: der Islam steht unter dem heiligen Schutz der political correctness. Früher gab es eine antifaschistische Bewegung, die aktiv war, um gegen völkische, rassistische, herrenmenschliche Ideologien Position zu beziehen, sich mit der imperialen Vergangenheit der NS-Zeit auseinanderzusetzen und faschistische Herrschaftsverhältnisse und Bestrebungen in der Gegenwart als kapitalistische Diktaturen (wie seinerzeit in Griechenland und in Chile und anderen südamerikanischen Staaten) zu bekämpfen und Solidaritätsaktionen für ihre Opfer zu gestalten. Mit dem Aufkommen des Neoliberalismus wurde der Faschismus als kapitalistisches Herrschaftssystem obsolet. Im faschistischen Chile war unter Pinochet erstmals der Neoliberalismus von in den USA ausgebildeten Fachleuten ("Chicago-Boys"¹) am lebenden Objekt getestet worden, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion konnte das dort getestete System weltweit ohne Militärdiktatur etabliert werden.

Der heutige Kapitalismus braucht (noch) keine diktatorische Hilfe, die Antifaschisten konnten oder mussten sich daher für ihre Betätigungen - im Vergleich zu früher - Nebenschauplätze suchen. Die Migrationbewegungen in Europa wurden zum wesentlichen Zielgebiet, da die rechten und rechtsextremen Parteien und Gruppierungen naturgemäß in diesem Bereich besonders aktiv waren, "Ausländer raus"! Was leider in der politischen Linken auch zu ziemlich absonderlichen Entwicklungen führte. Man sagte zwar seinerzeit als es die "Gastarbeiter" gab, man habe Arbeitskräfte gerufen, gekommen wären aber Menschen, verabsäumte es jedoch in der Weiterentwicklung, dieser Linie tatsächlich zu folgen. Man kam zum Schluss, es wären nicht Menschen gekommen, sondern Heilige. Ich kann mich noch gut erinnern wie bei einer Antifa-Sitzung linke türkische Migranten über die Rechtsextremisten unter den türkischen Zuwanderern berichteten und eine Vertreterin einer österreichischen Betreuungsorganisation für Flüchtlinge ihr Entsetzen darüber bekundete, dass es auch unter Migranten Rechtsextremisten geben könnte, sowas konnte sie sich gar nicht vorstellen! Dabei gibt es gerade im Bereich der türkischen Migration überproportional viele Rechtsextremisten ("Graue Wölfe" z.B.).

Einer der Aspekte durch positive Vorurteile Migranten zu heiligen, war die Heiligung des Islam. Während in früheren Zeiten die Religion der Zuwanderer in der Öffentlichkeit kaum eine Rolle spielte, wurde sie nun sowohl von den Zuwanderern als auch von öffentlichen Einrichtungen zunehmend als Identifikationsmerkmal gesehen, jeder Türke wurde in der hauptsächlichen Wahrnehmung zum Muslimen, auch wenn er ein Kemalist, Sozialist oder Kommunist war. Die Religion wurde als Schutzmantel über alle Zuwanderer mit Islamhintergrund gebreitet und wer den Islam als Weltanschauung kritisierte, zum Rechtsextremisten. Wenn die FPÖ plakatierte "Daham statt Islam", dann wurde der Islam dadurch enorm geheiligt und zum fast absoluten Tabu.

Bei der Bevölkerung kam das nicht unbedingt sehr gut an, die immer deutlicher sich etablierende islamische Parallelwelt stieß auf ängstliche Ablehnung, man erlebte damit Identitätsverluste für das eigene Dasein und die FPÖ gewann ständig Stimmen dazu. Statt sich endlich und konsequent um bessere Integration zu kümmern, wurde weiter davon geträumt, dass der heilige Islam eine unantastbare und unkritizierbare Bereicherung für Europa sei. Er war es nicht und er ist es nicht. **Der Islam muss genauso behandelt werden können wie jede andere Weltanschauung. Darum geht es auch im folgenden Offenen Brief an die deutsche Bundeskanzlerin:**

Offener Brief der Gesellschaft für wissenschaftliche Aufklärung und Menschenrechte

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

liebes Assistententeam "Dialog über Deutschlands Zukunft"!

Seit einigen Jahren ist die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), darin eingeschlossen Länder mit massiven Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel die repräsentativen Kernstaaten Iran und Saudi-Arabien, darum bemüht, im Rahmen einer umfassend angelegten Kampagne das Recht und die Freiheit auf eine kritische Auseinandersetzung mit dem Islam zu kriminalisieren und zu pathologisieren.

Im auffälligen Gleichklang mit dieser global angelegten Kampagne wird in den tonangebenden deutschen Medien Kritik am Islam überwiegend als "rassistisch", "fremdenfeindlich", "islamophob" oder zumindest "rechtspopulistisch" stigmatisiert. Dieser dominante und offensichtlich koordinierte Diffamierungspopulismus in Presse, Rund-

¹ Wikipedia: Die Chicago Boys sind eine Gruppe chilenischer Wirtschaftswissenschaftler, die von 1956 bis 1970 größtenteils an der University of Chicago studiert haben und die von den Ideen Friedrich August von Hayeks und Milton Friedmans inspiriert waren. Sie wurden in Chile unter der Herrschaft Augusto Pinochets wirtschafts- und sozialpolitisch sehr einflussreich. Diese Ökonomen waren von der Überlegenheit freier Märkte überzeugt, die sie durch Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen zu realisieren suchten.

funk und Fernsehen erregt sich nun darüber, dass der Wunsch nach einer offenen Debatte über den Islam bislang noch stärker zum Tragen kommt als die Freigabe von "leichten" Rauschmitteln. Lautete die Parole früher "Religion ist Opium des Volkes" so soll jetzt anscheinend im Interesse lautstarker Gruppen gelten: Cannabis als Besänftigungs- und Vernebelungsdroge für die proislamisch zu domestizierende Masse. Lieber kiffende Dhimmis als eine islamkritische Massenbewegung! Das wird ja wohl nicht die regierungsamtliche Zukunftsvision sein?

Um eine offene Islamdebatte a priori abzuwürgen, suggerieren die Medien, das Islamthema sei ein exklusiver Gegenstand des politischen Spektrums rechts von der CDU/CSU. Dieses Lager ist aber primär fremdenfeindlich, (national-)kulturchauvinistisch oder christlich-fundamentalistisch eingestellt. Da Muslime Fremde und Angehörige einer andersartigen ultrakonservativen Weltanschauung und Konkurrenzreligion sind, will man sie nicht im "christlich-abendländischen" Stammgebiet haben und aus diesen Gründen loswerden.

Gegenüber dieser neurechten deutschen "Tea-Party-Bewegung", die proislamische Poststalinisten, islamophile Sozialdemokraten, multikulturalistische Grüne und als "Antifa" verkleidete Radautouristen im Sinne der klassischen Feindbildideologie als "Linke" fehletikettiert, gibt es viele Menschen mit einer fortschrittlichen, säkular-demokratischen und menschenrechtlichen Orientierung, darunter große Teile der Nichtwählerinnen und Nichtwähler, die aus aufklärungshumanistischen Gründen ein starkes Interesse an einer tabufreien Islamdebatte haben, gegenüber der vorherrschenden gedankenlosen Islamschönfärbung intellektuellen Ekel empfinden und angesichts des grassierenden soziokulturellen Niedergangs empört sind. Diesem Lager wird unter den aktuellen Bedingungen eine chancengleiche öffentliche Artikulationsmöglichkeit verwehrt und damit der Bürgerfrieden sukzessive in einen kalten ideologischen Bürgerkrieg verwandelt. (Man braucht sich nur die zum Teil hasserfüllten Diskussionsverläufe in den einschlägigen Internetforen anschauen.)

Dabei sind die wissenschaftlichen Grundlagen für eine solide Islamdebatte längst vorhanden. Zu verweisen ist hier zum Beispiel auf folgende Publikationen von Autoren, die weit jenseits des (neu-)rechten Spektrums positioniert sind:

Ibn Warraq: Warum ich kein Muslim bin. 2004

Jaya Gopal: Gabriels Einflüsterungen. Eine historisch-kritische Bestandsaufnahme des Islam. 2006

Hartmut Krauss: Islam. Islamismus. Muslimische Gegengesellschaft. Eine kritische Bestandsaufnahme. 2010

Unverzichtbar für eine echte Debatte ist auch der vom zuvor genannten Autoren herausgegebene Sammelband "Feindbild Islamkritik. Wenn die Grenzen zur Verzerrung und Diffamierung überschritten werden". 2010.

Zur Einführung lohnt sich sicher das Anklicken des folgenden Interviews:

Der Islam – Gefahr oder Friedensreligion? Anna Erika Paseka, stellv. Chefredakteurin des österreichischen Magazins "FreidenkerIn" interviewt Hartmut Krauss in Heft 4/2011, siehe [Der Islam - Gefahr oder Friedensreligion?](#)

Um sich anhand der Spitze des Eisbergs ein Bild von den milieuspezifischen Normen und Standards orthodox-islamischer Ghettos in Deutschland zu machen, ist ein Blick auf die Kurzbeschreibung der untersuchten Fälle aus der empirischen Studie ["Ehrenmorde in Deutschland 1996-2005"](#), S. 195ff.² erhellend.

Zahlreiche kritisch-analytische Texte zum Islam finden sich auch auf den Internetseiten der Gesellschaft für wissenschaftliche Aufklärung und Menschenrechte (GAM) und ihrer dort angegebenen Bündnispartner, die eine echte Alternative zur herrschenden Islamschönfärbung einerseits und zur rechtspopulistischen Ausbeutung des Themas andererseits darstellen.

Es fehlen also nicht die Voraussetzungen, sondern es fehlt bislang lediglich der politische und mediale Handlungswille zur Führung einer offenen und chancengleichen Islamdebatte.

Deshalb unser Appell an Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin und alle politischen Verantwortlichen: Warten Sie nicht so lange, bis die bereits jetzt schon knapp über 100.000 Abstimmenden für eine offene Islamdiskussion, gegen die türkische Leugnung des Völkermords an den Armeniern und Aramäern, für das Verbot von schariakonformer Halalschlachtung und des Handels mit Halalprodukten sowie für eine Diskussion über den Sinn und Unsinn der praktizierten Zuwanderung auf die Straße gegen.

Mit besten Grüßen an alle klarsichtigen Zeitgenossinnen und –genossen.

P.S. Leider ist der Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin nicht so offen, wie er vorgibt. (Hier sollten die Assistentinnen und Assistenten der Bundeskanzlerin noch mal in der Habermasschen Diskursethik nachblättern.) Denn tatsächlich wird massiv zensiert und es werden zahlreiche Beiträge nicht veröffentlicht. So auch die nachstehende Wortmeldung:

"Eine offene, demokratische und chancengleiche Diskussion über den Islam setzt zunächst unabdingbar voraus, dass die pauschale und vorurteilsbeladene Verunglimpfung von Islamkritik als "rassistisch", "islamophob", "fremdenfeindlich" etc. nachhaltig zurückgedrängt wird - auch unter Einsatz von juristischen Mitteln im Sinne der Antidiskriminierungsgesetzgebung.

² Der gesamte Bericht hat 3,8 MB

Danach wären dann insbesondere folgende Kernfragen unzensiert zu behandeln:

1) Sind die grundlegenden Aussagen, Normen und Werturteile des Islam mit dem deutschen Grundgesetz und den Menschenrechten vereinbar?

Stellt der Islam eine Bereicherung oder eine Bedrohung für eine säkular-demokratische, an den Werten der Aufklärung und des Humanismus ausgerichteten Grundordnung dar?

2) Besteht ein Zusammenhang zwischen den islamischen Grundaussagen, Normen und Werturteilen und den konkreten Einstellungen und Verhaltensweisen von orthodox-islamischen Zuwanderern?

3) Soll die vielfältige Etablierung des Islam in Deutschland in Gestalt zum Beispiel von flächendeckendem Islamunterricht, der Einrichtung von islamischen Theologiezentren, der Duldung von islamischen Bekleidungsvorschriften in öffentlichen Einrichtungen, der Hinnahme von unfreien (arrangierten) Verheiratungen, der Erlaubnis von islamgerechten Schlachten etc. ungebrochen fortgesetzt oder aber gestoppt und rückgängig gemacht werden?"